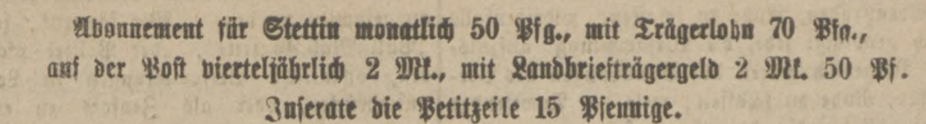
Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.


Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 26. September 1885. Nr. 448.

Deutschland.

Berlin, 25. September. Die Errichtung deutscher Handelskammern im Auslande beschäftigt unsere Regierungskreise fortwährend. Unser Handelsstand steht dieser Idee außerordentlich sympathisch gegenüber, und in den bisher zwischen der Regierung und verschiedenen Großindustriellen, Mitgliedern von Handelskammern 2c. gepflogenen Unterhandlungen sind die Grundsätze festgesetzt worden, unter welchen ein ersprießliches Wirken deutscher Handelskammern im Auslande zu gewärtigen sein dürfte. Die Stellung und der Wirkungskreis dieser Institute — man nahm vorläufig nur London und Newyork in Aussicht — wird dahin präzisirt, daß diese Kammern vor allen Dingen berathende und Auskunft ertheilende Organe darstellen sollen, welche die Regierung und die deutschen Kaufleute über alles zu informiren haben würden, was auf den Gang der Handelsverhältnisse Bezug hat. Sie sollen zu diesem Behufe die Dokumente, Statistiken, Beobachtungen, auch die Klagen und Beschwerden, aus denen sich die wirthschaftlichen Verhältnisse eines jeden Volkes ersehen lassen, sammeln, sie sollen ferner durch unmittelbare Beobachtung an Ort und Stelle ihre Erfahrungen allen einheimischen Instanzen bis herauf zum Handelsministerium zur Kenntniß bringen. Auf Seiten der Regierung wird ferner darauf Gewicht gelegt, in den Handelskammern eine konsultativische Stelle zu schaffen, die über Zoll und Tarifangelegenheiten Auskunft ertheilen und Vorschläge machen kann. Als vergleichendes Beispiel wurde darauf hingewiesen, daß sich die Errichtung von Handelskammern im Auslande für die Interessen des französischen Handels so vortheilhaft und nutzbringend erwiesen habe, daß nur wenige Jahre der Erfahrung genügt hätten, um in verschiedenen Ländern der Erde 17 französische Handelskammern und 4 den Konsuln zur Seite stehende Konsultativ-Komitee's zu gründen. — Den deutschen Handelskammern im Auslande beabsichtigt man noch insofern eine ebenso nützliche als zeitgemäße Erweiterung angedeihen zu lassen, als mit denselben eine ständige Ausstellung von Mustern unserer zum Export geeigneten Fabrikate verbunden werden soll. Ueber die Durchführung des letztgenannten Planes soll erst noch die Ansicht betheiligter Interessenten eingeholt werden.

— Die bisher auf das Rundschreiben der „Freien Vereinigung zur Vorbereitung der deutsch-nationalen Gewerbeausstellung" vom 15. d. M. bei dem Bureau der Vereinigung eingelaufenen Zustimmungserklärungen weisen die Namen einer so großen Menge der hervorragendsten Industriellen aus allen Branchen und aus allen Industriebezirken Deutschlands auf, daß die Unterzeichner jenes Rundschreibens mit Recht sich der Hoffnung hingeben dürfen, bei ihrem Vorgehen die große Mehrheit der deutschen Industrie hinter sich zu haben. Besonders wird in zahlreichen Zuschriften der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß es bei der gegenwärtigen Geschäftslage nicht angebracht ist, abzuwarten, ob von außen her zufällige Ereignisse einen Aufschwung herbeiführen, sondern daß die deutschen Industriellen selbst sich zu einem Unternehmen aufraffen müssen, dessen glänzender Verlauf der nationalen Arbeit zweifellos mächtige Impulse geben wird. Es liegt auf der Hand, daß eine formelle Abstimmung aller Gewerbetreibenden Deutschlands darüber, ob das patriotische Unternehmen stattfinden soll oder nicht, weder möglich, noch am Platze ist. Es kann sich nur darum handeln, durch eine beträchtliche Zahl namhafter Interessenten Zeugniß ablegen zu lassen über die Aufnahme, welche das Projekt im Allgemeinen gefunden hat. An alle Freunde des Ausstellungsplanes ergeht jetzt nochmals die dringende Mahnung, ungesäumt ihre Erklärungen an das Bureau der Freien Vereinigung, Berlin C., Brüderstraße 12, gelangen zu lassen, auch wenn ihnen eine direkte Anfrage von dort nicht zugegangen ist. Da beabsichtigt wird, im Oktober die Vertreter der dem Ausstellungsplane zustimmenden Industriellen aus allen Theilen Deutschlands zu einer Konferenz zusammenzurufen, so ist es dringend wünschenswerth, daß die Erklärungen der einzelnen Gewerbtreibenden zu Anfang des nächsten Monats möglichst vollzählig vorliegen, also wenigstens bis Ende dieses Monats abgesandt werden. Eine große Anzahl von Vereinen und Verbänden, welche nach Zeitungsnachrichten sich bereits für die Ausstellung ausgesprochen haben, hat bis jetzt der „Freien Vereinigung" eine direkte Mittheilung noch nicht zugehen lassen. Im Interesse der Sache werden diese Vereine ersucht, dies so bald als möglich zu thun. Auch diejenigen Vereine, welche im Laufe des Sommers noch nicht Gelegenheit hatten, Stellung zur Sache zu nehmen, werden jetzt gewiß bald in der Lage sein, ihre Erklärungen abzugeben.

— Der Madrider Berichterstatter des „Standard" behauptet, seine gestrige Meldung bestätige sich vollauf; die spanische Regierung sei schon einige Monate, ehe Graf Solms am 2. August die erste deutsche Note überreichte, welche Spanien von der Absicht der deutschen Regierung, die Karolinen-Inseln unter ihren Schutz zu stellen, benachrichtigte, durch den spanischen Gesandten in Berlin von dieser Absicht Deutschlands in Kenntniß gesetzt worden. Beruht diese Nachricht auf Wahrheit, so würde damit das Verhalten Canovas in der Karolinenfrage als eitel Spiegelfechterei gekennzeichnet. Canovas suchte bekanntlich damals den Spieß umzudrehen und machte Deutschland den Vorwurf, es sei seinerseits von den spanischen Maßregeln, welche zur endgültigen Besitzergreifung der Karolinen getroffen seien, unterrichtet gewesen. In Wahrheit würde sich die Sache grade umgekehrt verhalten; erst nachdem Canovas durch den Grafen Benomar von der Absicht Deutschlands Kenntniß erhalten hatte, wurden schleunigst die erwähnten Maßregeln von Seiten Spaniens eingeleitet, der Gouverneur der Philippinen erhielt Befehl, die Besitzergreifung vorzubereiten, am 25 Juli wurde ein Gouverneur für die Philippinen ernannt, und als dann am 2. August die amtliche Benachrichtigung Deutschlands eintraf, spielte Canovas den Ueberraschten und Entrüsteten und entblödete sich nicht, um sein falsches Spiel vor den Augen der Welt zu verdecken, durch die offiziöse Presse dem Vertreter Spaniens in Berlin den Vorwurf zu machen, er habe seine Pflicht versäumt, indem er seine Regierung nicht von der Absicht Deutschlands in Kenntniß gesetzt habe.

— Unter den Polen, zunächst der Stadt Posen, beginnt der Widerspruch gegen die ausschließliche Leitung der politischen Bethätigung der Polen durch die katholische Geistlichkeit sich abermals zu regen. Auf den 23. d. M. war eine Versammlung berufen, in welcher der Abgeordnete v. Stablewski seinen Rechenschaftsbericht erstatten sollte; einige Tage vorher hatte die antiklerikale Opposition, hauptsächlich aus Kleinbürgern und Arbeitern bestehend, eine Vorbesprechung gehalten, in welcher beschlossen worden war, den klerikalen Führern entgegenzutreten. Ueber die Versammlung vom 23. berichtet nun die „Pos. Ztg.":

Schon 6¾ Uhr Abends war der große Saal vollkommen gefüllt, so daß später Kommende nur noch im Vorsaale Platz fanden. In der Versammlung, welche von dem Polizeikommissarius Bentzki überwacht wurde, waren drei Parteien vertreten, die des „Redakteur-Komitee", d. h. des (klerikalen) Wahlkomitees, welches gegenwärtig nur noch aus 6 Mitgliedern, darunter den Redakteuren des „Kuryer Pozn.", „Dziennik Pozn." und „Wielkopolanin", Dr. Kantecki, Dobrowolski und Tomaszewski, besteht, ferner die des „Orendownik" und die des „Goniec Wielk". Die große Mehrzahl der Anwesenden gehörte dem Stande der Kleinbürger und der Arbeiter an. Auf der Tagesordnung standen: der parlamentarische Rechenschaftsbericht des Abg. Dr. v. Stablewski, die Neuwahl des Wahlkomitees, die Wahl des Delegirten und dessen Stellvertreters, und die Aufstellung von drei Kandidaten für die Landtagswahl. — Die Versammlung wurde 7 Uhr Abends durch den Vorsitzenden des Wahlkomitees, Dr. Kantecki, eröffnet, welcher unter Zustimmung der Versammlung als Beisitzer die Herren Dr. von Koszutski, Dr. Grodzki, Offierski und Tuszewski berief; auch ersuchte er den anwesenden Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Posen, Fabrikbesitzer Cegielski, an dem Vorstandstische Platz zu nehmen, was derselbe, mit lebhaftem Beifall bewillkommnet, auch that. Der Vorsitzende theilte ferner mit, daß Abg. Dr. v. Stablewski wegen der Vorgänge in der Wählerversammlung im Sundmann'schen Saale (der oben erwähnten Vorbesprechung) den parlamentarischen Rechenschaftsbericht nicht erstatten werde. Als nun der Vorsitzende weiter sprechen wollte, wurde von verschiedenen Anwesenden das Wort verlangt. Als auch Dr. Szymanski (Redakteur des „Orendownik") sich zum Worte meldete, entstand ein furchtbarer Lärm; und von mehreren Seiten ertönten

Feuilleton.

Allerlei.

(In einem Armen-Asyl.) Einer der Redakteure der „Pall Mall Gazette" wollte aus eigener Anschauung kennen lernen, wie die armen Obdachlosen Londons, die im Armen-Asyl eine temporäre Aufnahme finden, daselbst beherbergt und genährt werden, und wie überhaupt eine solche Armen-Herberge eingerichtet ist. Er unternahm den Versuch, und jetzt lassen wir ihn selbst sprechen: „Der Tag war stürmisch und kalt gewesen; am Abend fror es. Ich kam an die Pforte des Asylhauses von Lambeth, betrachtete noch einmal meinen für einen herabgekommenen Lumpen ganz passenden Anzug und ließ den schweren Thürklöppel fallen. Man führte mich über einen reingehaltenen Flur in ein kleines Gemach, ich stand vor dem Beamten. Wer und was ich sei, woher ich komme und wohin ich mich morgen wenden werde, das waren die Fragen, die ich demüthig und mit geringer Achtung vor der Wahrheit kurz beantwortete. Darauf wurde ich durch „einige leere Räume geführt, bis wir, mein Führer und ich, vor einer Thür stehen blieben. „He, Daddy!" (Großvater) rief mein Führer, „ein neuer Gast." Der mit dem Namen „Daddy" Angerufene empfing mich in wahrhaft kordialer Art und hieß mich, ihm in ein anderes Zimmer folgen, wo eine Reihe halbgefüllter Wassertonnen stand. Nun folgte die Toilette, das heißt, ich sollte alles, was ich am Leibe trug, ablegen, das, in ein Bündel gepackt, von der Anstalt in Verwahrung genommen wird, „damit nichts gestohlen werde," und endlich, mir schauderte, in einer der Tonnen ein Bad nehmen. Ich schloß die Augen und war schon im Begriff, auch dieses Opfer zu bringen (der Inhalt der Tonnen war nicht häufig erneuert), da brummte der alte Mann fast unwillig: „Eure Haut hat ja das Bad gar nicht nöthig." Nun ging es über einen gepflasterten Hofraum, und bald stand ich an der Thür eines „Schlafsaales". Keine Sprache vermag das zu schildern, was ich da erblickte. Stellen Sie sich einen Holzschuppen von zehn Quadratmetern vor, der von drei Seiten von schmutzigen Mauern und von der vierten Seite von einer brüchigen Holzplanke umschlossen ist; der Boden ist mit zerbrochenen und unreinlichen Steinfliesen gepflastert; etwa 30 Personen füllten den Raum; die meisten von ihnen lagen ausgestreckt auf Strohsäcken und eingehüllt in wollenen Decken. Es wurde mir mein Platz angewiesen. Ich kreuzte meine Arme unter meinem Haupt, vielleicht vermag ich zu schlafen; das Stück Brod, das ich erhalten und neben mich gelegt, hatte sich mein Nachbar angeeignet. Die Gäste unterhielten sich nach ihrer Art: sie sangen schmutzige Lieder oder erzählten Räuber- und Diebesgeschichten. Manchem verstand ich kein einziges Wort, es war eine mir ganz fremde Sprache, in der sie sich unterhielten. Mit einem Male öffnete sich die Thür: ein neuer Gast. Der Eintretende schien der Gesellschaft wohl bekannt und in hohem Ansehen bei ihr zu stehen; denn ein huldigendes „Hurrah" empfing ihn. Es war das fast noch ein Jüngling, von zartem Bau, blondlockig und blauäugig, und als er den Gruß mit einem kurzen Speech erwiderte, glaubte ich, ein junges Mädchen zu hören, so sanft klang seine Stimme und so voll Wohllaut; aber der Inhalt dieser wohltönenden Worte waren das Unfläthigste, was man hören konnte, und der Kontrast zwischen dem Wie und Was war wirklich entsetzlich. Kray war sein Name, er kam eben aus dem Gefängnisse, er habe eben ein neues Unternehmen im Plane und werde Gehülfen brauchen, aber nur solche, die Haare auf den Zähnen haben. Dann proponirte er ein Gesellschaftsspiel: „Das Fluchkonzert". Da wurden gereimte Flüche, mit Zoten untermischt, vorgetragen; großer Gott, es gellten mir die Ohren, und Mitleid und Zorn über diese „Verlorenen" erfüllte mein Herz. Am schändlichsten trieb es Kray, und der jubelnde Beifall, der ihm gezollt wurde, schien ihm wohl zu behagen. Um Mitternacht etwa trat nach und nach Ruhe ein. Der Schlaf war über Alle gekommen; doch schien er bei keinem der Schläfer sehr tief zu sein. Die einen ächzten, andere schrieen laut auf und fuhren wild in die Höhe; da gab es auch welche, die schmerzlich husteten, und dieses pfeifende Husten mitten in der tiefen Nacht war mir besonders peinlich. Um 7 Uhr des Morgens erschien Daddy, und sein Ruf: „Auf, Ihr Schläfer!" schallte durch den Raum. Zögernd erhob sich die Gesellschaft; es lag sich doch so sicher und so gut auf diesen Strohsäcken — und dann, wer weiß, ob der Tag etwas Gutes bringt? Jeder von den Gästen erhielt seine Kleider wieder; im Hofe wurde summarische Toilette gemacht, dann erhielt jeder seine Brotportion, und jetzt kam der „Skilley." Unter großer Spannung der Armen wurden große Kübel herbeigeschleppt, in denen der Skilley sich befand: eine Mehlsuppe ohne Fett, ohne Salz. Eine große Schale voll wurde jedem gereicht und mit großer Gier verschlungen. Es war 8 Uhr geworden, als man uns zur Arbeit rief. Nach den Statuten muß jeder Gast seine Zeche mit einer Arbeitsleistung bezahlen. Man stellte uns an Handmühlen, um Korn in Mehl zu verwandeln. Wie lässig sie arbeiten! 11 Uhr ist's, als wir entlassen wurden, und wir hätten gut um 9 Uhr fertig sein können; aber sie konnten ihre Späße nicht lassen; schmutzige Bonmots flatterten hin und her, und die Tabakspfeife, die gestattet ist, nahm auch ihre Zeit in Anspruch. Ich ließ mir's nicht zweimal sagen, als es „Fortgehen" hieß, und glücklich wie schon lange nicht streckte ich, in meinem Home angelangt, meine Glieder auf einem Divan aus."

* * *

(Arg enttäuscht.) In Odessa spielte sich, wie örtliche Blätter berichten, in diesen Tagen das düstere Ende einer Geschichte ab, die in Moskau lustig mit einer Hochzeit begonnen hatte. Einer Moskowitin, Borissow mit Namen, sehnlichster Wunsch war das Adelsprädikat. Dieser Wunsch sollte ihr bald in Erfüllung gehen, indem ihr von einem Grafen Ruditsch ein Antrag gemacht wurde. Der Graf empfing auf der Stelle 5200 Rubel und verausgabte ferner 2000 Rubel bei der glänzend gefeierten Hochzeit. Das junge Paar reiste sodann nach Odessa ab, wo der Graf angeblich eine Stellung in der russischen Gesellschaft für Dampfschifffahrt und Handel bekleidete. Im russischen Genua wurde die junge Gräfin arg enttäuscht; denn es empfingen sie keine Prunkgemächer und Livreebedienten, sondern die räucherigen Korridore eines Gasthauses der untersten Sorte, wo ein schmieriges altes Weib der Gräfin als Kammerzofe entgegentrat. Kaum aber hatte sich die Gräfin in der elenden Kammer niedergelassen, um etwas zur Ruhe zu kommen, als auch schon der Graf seine Maske fallen ließ und mit dem Revolver in der Hand die Herausgabe des Geldes von ihr verlangte. Der Auftritt endete mit dem Auftauchen der Polizei im Gasthaus und der Flucht des Grafen, welcher sich bei der Untersuchung als ein höchst einfacher Sterblicher, der aus Odessa gebürtige Lisgari, entpuppte, der, wie sich erwies, schon einmal verehelicht ist und Kinder hat. Lisgari hat sich schon verschiedene Vergehen gegen das Gesetz zu Schulden kommen lassen und war auch an der Beraubung des Grafen Ruditsch in Kiew betheiligt. Die „Gräfin" ist in das Hotel de Paris übergesiedelt. Die Polizei hat die Schwiegermutter Lisgari's und seinen Livreebedienten verhaftet.

* * *

(Kein Brod, aber Bier.) Die „Philadelphia-Preß" gießt die Schale ihres Spottes aus über die Chicagoer Sozialdemokraten, welche mit einem Banner, das die Inschrift trug: „Unsere Kinder schreien nach Brod!" in der Stadt herumgezogen seien, und dann 300 Fäßchen Bier ausgetrunken hätten. — Das Bild erinnert an jenes der „Fliegenden Blätter" aus dem Jahre 1848, wo die Proletarier Friedrich Hecker entgegneten: „Hunger hammer keenen, edler Volksfreund, awwer Dirscht — viel Dirscht!"

die Rufe: den Vorsitz der Versammlung solle Dr. von Koszutski übernehmen. Als der Lärm nicht aufhörte, setzte Kommissarius Bentzki seinen Helm auf, trat an den Vorstandstisch heran und bat den Vorsitzenden, Ruhe zu schaffen, widrigenfalls er sich genötigt sehe, die Versammlung aufzulösen. Vergeblich waren alle Bemühungen des Vorsitzenden, Ruhe zu schaffen; viele der Anwesenden schienen es förmlich darauf abgesehen zu haben, durch den Lärm die Auflösung der Versammlung herbeizuführen. Nachdem der Tumult so beinahe eine viertel Stunde gedauert hatte, erklärte Kommissarius Bentzki, daß er die Versammlung auflöse. Langsam verließen hierauf die Anwesenden den Saal.

— Bereits seit Jahren schwebt die Frage wegen Umgestaltung des meteorologischen Instituts Preußens, welches bekanntlich mit dem statistischen Bureau vereinigt ist. Diese Umgestaltung ist von verschiedenen Seiten als dringend nothwendig bezeichnet worden, auch vom preußischen Abgeordnetenhause, indem dasselbe am 17. Februar 1884 den Beschluß faßte:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, sie wolle 1) ein hydrographisches Institut für das Binnenland der Monarchie errichten; 2) die in Vorbereitung befindliche Reorganisation des bisherigen preußischen meteorologischen Instituts so gestalten, daß dasselbe eine in jeder Richtung leistungsfähige Zentralanstalt für Meteorologie werde, welche, zum Zwecke gemeinsamer Arbeit, in organische Verbindung mit dem hydrographischen Institut gebracht werden kann."

Ein Plan zur Reorganisation des meteorologischen Instituts liegt bereits seit 1878 fertig vor, konnte aber angeblich wegen der ungünstigen Finanzlage nicht zur Ausführung gebracht werden. Auch Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Frage, ob die Reorganisation des meteorologischen Instituts allein für Preußen anzustreben, oder ob dies nicht vielmehr als Reichssache zu behandeln sei, haben die Erledigung verzögert. Anfangs war man in den maßgebenden Kreisen mehr für eine Regelung der Angelegenheit von Reichswegen, indem man von der Auffassung ausging, daß ohne entschiedene Mitwirkung der Reichs-Telegraphen-Verwaltung und der Seewarte die angestrebte Organisation unmöglich sein würde. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. November 1882 erklärte der Regierungs-Kommissar Geheime Rath von der Brinken ausdrücklich, es bestehe die Absicht, das meteorologische Institut in ein Reichsinstitut zu verwandeln, und die Verhandlungen darüber seien mit der Reichsregierung eingeleitet. Diese Absicht hat man aber, wie es heißt, neuerdings aufgegeben, und es soll nur eine Verbindung des meteorologischen Instituts Preußens mit der deutschen Seewarte angebahnt werden, welche letztere bereits seit Jahren als Zentralstelle für die Wettertelegraphie im deutschen Reiche fungirt, aber bisher nur eine beschränkte Thätigkeit entfalten konnte, theils wegen der mehr oder weniger mangelnden Organisation der Meteorologie in Preußen, theils weil die Seewarte ohnehin schon stark mit Arbeiten belastet ist. Das reorganisirte meteorologische Institut Preußens soll als preußische Zentralstelle, verbunden mit einem akademischen Lehrstuhl an der Berliner Universität, mehr der eigentlich wissenschaftlichen Meteorologie dienen, während als Zentralstelle für die Wetter-Telegraphie im deutschen Reiche die deutsche Seewarte zu fungiren hat, und zwar unter Mitbenutzung der meteorologischen Institute in Preußen, Sachsen, Baiern, Würtemberg und Baden. Für eine einheitliche Regelung des meteorologischen Dienstes im deutschen Reiche von Reichswegen hat sich auch die Majorität der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses am 22. April 1882 ausgesprochen, indem sie anerkannte, daß nur so der Reichstagebeschluß, „den Reichskanzler zu ersuchen, die erforderlichen Maßregeln zu treffen, um einen billigeren und rascheren Bezug der Depeschen für Witterungsberichte zum praktischen Gebrauche der Landwirthschaft und Industrie im deutschen Reiche herbeizuführen", zur Ausführung kommen könne, und in diesem Sinne hat sich auch der Staatssekretär Dr. v. Stephan im Frühjahr 1882 einigen Abgeordneten gegenüber geäußert.

Ausland.

London, 23. September. Das systematische Einschreiten der Polizei gegen die Sozialisten im Ostende Londons, unter dem Vorwande, daß sie den öffentlichen Verkehr stören, giebt der „Pall Mall Gazette" Veranlassung zu einem geharnischten Artikel, in dem sie ganz entschieden zu Gunsten des gefährdeten öffentlichen Versammlungsrechtes eintritt. Da die Polizei nicht auch gegen die Straßenprediger, Salutisten, Temperenzler, Atheisten und andere Personen einschreitet, die Sonntags und auch zu anderen Zeiten die Straßen, Parks und öffentlichen Plätze heimsuchen und den Verkehr sicher ebenso sehr stören als die sozialistischen Wanderprediger, so gilt dies der „Pall Mall Gazette" als ein Beweis, daß es sich weniger um die Vermeidung der Störung des Straßenverkehrs als um die Verhinderung der Verbreitung der Lehren des Sozialismus handelt. Insbesondere rügt es die „Pall Mall Gazette", daß es sich der Richter des Themse-Polizeigerichts herausnahm, Ausländer zu tadeln, weil sie sich an einer politischen Kundgebung in England betheiligten. Das Blatt empfiehlt schließlich den Sozialisten, nächsten Sonntag eine Versammlung an einem Orte abzuhalten, wo es entweder keinen Verkehr zu stören giebt, oder wo die Straße breit genug ist, um selbst nicht durch 10,000 Personen versperrt werden zu können, und abzuwarten, ob die Polizei wieder einschreiten werde. Wenn so, müsse die Frage in die Hand genommen und im grimmigen Ernste von einem Ende Londons zum anderen ausgefochten werden. „Wir können", schließt die „Pall Mall Gazette", „der Polizei nicht erlauben, öffentliche Versammlungen in London zu unterdrücken, oder als Zensors zu entscheiden, was in Londoner Straßen gesprochen werden soll oder nicht."

Fünf der vorgestern verurtheilten Sozialisten, darunter die zwei Deutschen, sind ins Gefängniß abgeführt worden, weil sie die ihnen auferlegte Geldbuße von 40 Schillingen nicht entrichten konnten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. September. Nach einer Mittheilung der kaiserlichen Werftdivision zu Wilhelmshafen sollen auf Grund einer Verfügung des Chefs der Admiralität in Zukunft alljährlich, soweit es möglich, das ganze Jahr hindurch, monatliche Uebungen solcher Berufs-Maschinisten stattfinden, welche das Zeugniß der Befähigung zum Maschinisten 1., 2. und 3. Klasse für deutsche Seedampfer besitzen. Zweck dieser Uebung ist die Gewinnung eines Urtheils darüber, wie weit sich diese Leute seit ihrer Entlassung aus dem aktiven Dienst fortgebildet haben und in welchen Stellen sie im Kriegsfalle Verwendung finden können. Sie werden am Schluß der Uebungen zu denjenigen Chargen befördert, zu denen sie sich während der Uebung auf ihrer Seefahrtzeit im Zivildienst und der erworbenen theoretischen Mehrkenntnisse qualifizirt gezeigt haben. Zu diesen monatlichen Uebungen wird ein Theil der im Beurlaubtenverhältniß befindlichen Berufs-Maschinisten zum ersten eines jeden Monats namentlich einberufen und am Schlusse desselben wieder entlassen werden. Jeder der im Reserve-Verhältniß befindlichen Berufs-Maschinisten wird zweimal zur vierwöchentlichen Uebung beordert werden und zwar derartig, daß zwischen den beiden Uebungen wenigstens zwölf Monate liegen. Die erste dieser Uebungen soll nicht vor dem Eintritt in das zweite Jahr des Reserve-Verhältnisses erfolgen. Da es nun außerordentlich schwierig, in vielen Fällen sogar unmöglich sein wird, bei den namentlichen Einberufungen dieser Leute auf ihre Privat-Verhältnisse diejenige Rücksicht zu nehmen, welche geboten wäre, um die Einberufungen mit möglichst geringer Schädigung der persönlichen Interessen der zur Uebung Beorderten erfolgen zu lassen, so sind bei der 2. Werftdivision alljährlich 4 Termine, 1. Januar, 1. April, 1. Juli, 1. Oktober, festgesetzt, an denen freiwillige Meldungen der zu diesen Uebungen Verpflichteten angenommen werden. Für solche sich freiwillig zur Uebung meldenden Maschinisten wird, soweit es irgend angängig ist, die Einberufung zu dem von ihnen bezeichneten Termine erfolgen, so daß diese Leute in der Lage sind, selbst die Zeit der Uebung nach ihren Privat-Verhältnissen zu wählen. Alle anderen, sich nicht freiwillig zur Uebung meldenden Berufs-Maschinisten müssen, ohne Rücksicht auf ihre Privat-Verhältnisse, einberufen werden.

Stettin, 25. September. Nachdem die Staatseisenbahndirektionen sich in den erforderten Berichten übereinstimmend dahin ausgesprochen haben, daß die Ablegung der Lokomotivführer-Prüfungen als Vorbedingung für die Anstellung im höhern maschinentechnischen Eisenbahndienst zu fordern sei, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten unter Anerkennung der hierfür geltend gemachten Gründe durch Erlaß vom 11. d. bestimmt, daß als Vorbedingung für die erwähnte Anstellung die Ablegung der genannten Prüfung gefordert werden soll. Um den im Staatseisenbahndienst bereits beschäftigten höheren Maschinentechnikern, welche zwar die in den Prüfungsvorschriften vom 27. Juni 1876 für die Anstellung im Staatseisenbahndienst verlangte dreimonatliche Fahrzeit auf der Lokomotive zurückgelegt, die Lokomotivführer-Prüfung jedoch noch nicht gemacht haben, Gelegenheit zu geben, sich die für die Prüfung erforderlichen praktischen Erfahrungen, soweit nöthig, wieder zurückzurufen, ist nichts dagegen zu erinnern, daß denselben für eine entsprechende Zeitdauer Gelegenheit zur Mitfahrt auf der Maschine gegeben wird. Sollten in einzelnen besondern Fällen Abweichungen von der obigen Bestimmung als angezeigt erachtet werden, so ist des Ministers Genehmigung hierzu unter eingehender Begründung nachzusuchen.

— Diejenigen höheren Lehranstalten in Pommern, die sich zur Zeit in Gemäßheit der Wehrordnung vom 28. September 1875 im Besitze der Berechtigung zur Ausstellung von Zeugnissen über die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst befinden, sind folgende: A. Lehranstalten, bei welchen der einjährige, erfolgreiche Besuch der zweiten Klasse zur Darlegung der wissenschaftlichen Befähigung erforderlich ist: die Gymnasien zu Anklam, Belgard, Köslin, Kolberg, Demmin, Dramburg, Greifenberg, Greifswald, Garz a. O., Neustettin, Stargard, Stolp, Stralsund, Treptow a. R., Pädagogium zu Putbus, Bismarck Gymnasium zu Pyritz, König Wilhelms-, Marienstifts- und Stadt Gymnasium zu Stettin; die Realgymnasien zu Kolberg, Greifswald (beide verbunden mit den Gymnasien daselbst), Stralsund, die Friedrich-Wilhelmsschule und das städtische Realgymnasium zu Stettin. — Die Gymnasien zu Demmin und Neustettin sind befugt, Befähigungszeugnisse auch denjenigen Schülern auszustellen, welche vom Unterrichte in der griechischen Sprache dispensirt sind, insofern dieselben an dem dafür eingeführten Ersatzunterrichte regelmäßig theilgenommen haben. B. Lehranstalten, bei welchen der einjährige, erfolgreiche Besuch der ersten Klasse zur Darlegung der wissenschaftlichen Befähigung erforderlich ist: das Progymnasium zu Lauenburg und die Realprogymnasien zu Stargard, Wolgast, Wollin und Stolp (letzteres verbunden mit dem Gymnasium daselbst). C. Lehranstalten, bei welchen das Bestehen der Entlassungsprüfung zur Darlegung der wissenschaftlichen Befähigung erforderlich ist: die Landwirthschaftsschulen zu Eldena und Schivelbein.

— Einer Entscheidung des Finanzministers zufolge sind Personen, welche entgegen der Vorschrift des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1878 über den Spielkartenstempel nicht gestempelte Karten feilhalten, veräußern, vertheilen, erwerben, damit spielen oder solche wissentlich verwahren und sich somit strafbar gemacht haben, zur Entrichtung der Abgabe für die der Einziehung unterliegenden Spielkarten nicht verpflichtet, da das Gesetz neben der festgesetzten Strafe und der Einziehung der Karten eine Nacherlegung jener Abgabe nicht vorschreibt.

— Die General-Versammlung des konservativen Vereins für Stolp-Lauenburg-Bütow hat einstimmig beschlossen, die Herren v. Hammerstein (früher auf Schwartow), v. Below-Saleske und v. Bandemer-Selesen dem Wahlkreise als Kandidaten zur bevorstehenden Wahl zum Abgeordnetenhause zu empfehlen.

— In der Uebersicht über die Zahl der bei dem Landheere und bei der Marine in dem Etatsjahre 1884—85 eingestellten preußischen Mannschaften mit Bezug auf ihre Schulbildung nimmt die Provinz Pommern, abgesehen von den hohenzollernschen Landen, in denen von 221 Eingestellten keiner ohne Schulbildung war, die achte Stelle ein. Ohne Schulbildung waren in Schleswig-Holstein 0,06 Prozent, Hannover 0,07 Prozent, Hessen-Nassau 0,14 Prozent, Rheinprovinz 0,17 Prozent, Brandenburg 0,22 Prozent, Sachsen und Westfalen je 0,29 Prozent, Pommern 0,45 Prozent, Schlesien 1,56 Prozent, Ostpreußen 6,06 Prozent, Westpreußen 6,52 Prozent, Posen 8,61 Prozent. — Im Regierungs-Bezirk Stettin waren von 2747 Eingestellten 8 = 0,29 Prozent, im Regierungs-Bezirk Köslin von 2184 9 = 0,41 Prozent und im Regierungs-Bezirk Stralsund von 651 8 = 1,121 Prozent ohne Schulbildung. In der ganzen Monarchie fanden sich unter 89,985 Eingestellten 1749 ohne Schulbildung, also 1,91 Prozent.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Egmont." Trauerspiel in 5 Akten.

Ein neues Preis-Ausschreiben für Malereien auf Porzellan und Majolika. Die Verlagshandlung von Schorers Familienblatt, angeregt durch den glänzenden Erfolg, den sie mit ihrer Porzellanmalerei-Konkurrenz von 1883 errang, fordert abermals auf zu einer Konkurrenz für Malereien auf Porzellan, Majolika und ähnliche glasirte Irdenwaare.

Die Konkurrenz hat den Zweck, künstlerische Kräfte, sowohl Fachleute als Dilettanten, zur Verwendung ihrer Geschicklichkeit für die dekorative Kunst anzuregen und durch Zusammenstellung und Vergleichung der verschiedenartigen Leistungen aus ganz Deutschland und den benachbarten Ländern deutscher Zunge die Kunstfertigkeit zu fördern. Vor allem hofft die Verlagshandlung den Frauen durch Beförderung der Liebhaberei auf diesem Gebiet in Deutschland einen neuen Erwerbszweig eröffnen zu können.

Weder die Wahl des Geräthes, noch der Technik, noch der Darstellung soll beschränkt werden; gefordert wird nur, daß die Malereien wirklich eingebrannt sind. Das Gewicht wird bei der Beurtheilung nicht auf etwaige plastische Ausbildung des Geräthes, auf elegante Fassung oder ähnliches Zubehör gelegt werden, sondern lediglich auf die wirkliche Malerei; es empfiehlt sich daher die Wahl einfacher Formen, wie Teller, Näpfe, glatte Vasen.

Die fertigen Arbeiten sind bis zum 20. November d. Js. an die Expedition von Schorers Familienblatt in Berlin, SW., Dessauerstraße 12 einzuliefern. Dieselben sollen nach einer Vorprüfung durch die Jury öffentlich und zwar im Weihnachtsbazar des Architektenhauses zu Berlin ausgestellt werden, so daß auch ein Verkauf derselben nach Bestimmung des Einsenders stattfinden kann.

Wegen der weiteren Bedingungen zur Betheiligung wolle man sich an die genannte Verlagshandlung wenden.

Auf Wunsch der Verlagshandlung haben das Amt der Preisrichter freundlichst übernommen die Herren: Grunow, erster Direktor des Kunstgewerbe-Museums, Professor Dr. Lessing, Direktor der Sammlung des Kunstgewerbe-Museums, Professor Ernst Ewald, Direktor der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbe-Museums, Professor L. Sußmann-Hellborn, Direktor der königlichen Porzellan-Manufaktur.

Zur Vertheilung von fünf Preisen sind zweihundert Mark sowie vier Jahrgänge des Familienblatts in Prachtband und eine Bildermappe des Familienblatts in künstlerisch ausgestatteter Decke ausgesezt.

Vermischte Nachrichten.

— (Erfolg einer Zeitungsnotiz bei unsern Damen.) Dem klügsten Wort der Bibel glauben zehn, dem dümmsten Wort der Zeitung zehn mal hundert — das hat aber manchmal recht gute Folgen. So war in einer Stadt zu beobachten, daß die meisten jungen Damen gar nicht auf ihre Körperhaltung sahen, sondern — und das steht doch grade nicht hübsch aus — den Oberkörper vorwärtsgebeugt trugen. Da war denn eines Tages in der Lokalzeitung jener Stadt in einem Artikel über das Leben auf der Promenade der Passus zu lesen: „Das hübscheste Mädchen in unserer Stadt hält sich auf der Promenade leider nicht genug aufrecht" — und siehe da, am nächsten Tage schon gingen alle Mädchen der Stadt kerzengrade, und jedes Mädchen sagte: „Die abscheuliche Zeitung! Mama, gehe ich nicht gerade?"

— Ein junger Künstler stellt sich einer reichen Dame vor und bittet sie, ihm das Bild abzukaufen, das er unterm Arm hat. „Was stellt es vor?" fragte die Dame. — „Es ist eine getreue Kopie der Raffael'schen Madonna der Blenhamgallerie", lautet die Antwort, „die für 750,000 M. verkauft wurde." — „O Gott, welche Summe! Und was verlangen Sie für Ihr Bild?" — „Nur zehn Mark, Madame." — „Nur zehn Mark? Aber was ist denn der Grund eines so ungeheuren Preisunterschieds?" — „Die leidige Konkurrenz, Madame. Das Geschäft ist heute lange nicht mehr das, was es zu Raffaels Zeiten war."

Verantwortlicher Redakteur W. Stevers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

München, 25. September. Der Erbgroßherzog von Baden ist mit seiner Gemahlin heute früh aus Aussee hier eingetroffen.

Wien, 25. September. Prinz Wilhelm von Preußen ist gestern Abend 10½ Uhr aus München hier eingetroffen, am Bahnhofe vom Kaiser, dem Kronprinzen, den Mitgliedern der deutschen Botschaft und den zum Ehrendienst kommandirten Offizieren empfangen und vom Kronprinzen in die Hofburg geleitet worden.

Wien, 25. September. Meldungen der „Polit. Korr." aus Philippopel von gestern: Der Artilleriehauptmann Nikiforow ist zum Kriegsminister ernannt, Cantacuzene bleibt als russischer Militärattachee in Sofia. Der Präsident der makedonischen Gesellschaft desavouirt die ohne sein Vorwissen veröffentlichte Proklamation, in welcher die Bulgaren in Makedonien zur Erhebung aufgefordert werden.

Aus Sofia: Die Sobranje ist nach Votirung des geforderten Kredits und des Budgets gestern geschlossen worden. Karawelow kehrt nach Philippopel zurück.

Aus Belgrad: Die Nachricht vom Ausbruch von Unruhen im Kreise Zaicar stellt sich als Erfindung heraus.

Paris, 23. September. Ein Telegramm aus Hanoi von heute meldet, in der Untersuchung wider Oberst Herbinger, der den Rückzug der französischen Truppen von Langson anbefahl, sei vom Gericht die Einstellung der Untersuchung beschlossen worden, Oberst Herbinger habe sich heute nach Frankreich eingeschifft. General Courcy sei, von Quinhone kommend, in Hanoi eingetroffen. Der Gesundheitszustand in Hanoi habe sich gebessert.

Paris, 25. September. Nach einer Meldung aus Peking hat China nunmehr Delegirte für die Kommission zur Absteckung der Grenze in Tonkin ernannt, die Arbeiten der Kommission beginnen am 9. November d. J.

Paris, 25. September. Die „Agence Havas" meldet, bis jetzt sei noch keinerlei formeller Vorschlag für eine Verständigung über die rumelisch-bulgarische Frage gemacht, der Meinungsaustausch dauere fort, von den Mächten scheine Rußland eine gewisse Initiative in den Verhandlungen zu nehmen, das Ziel der Mächte sei der baldige Zusammentritt einer Konferenz. Ein Wiener Telegramm derselben „Agence" sagt, Frankreich habe den Mächten vorgeschlagen, bei Serbien, Rumänien und Griechenland geeignete Schritte zu thun, damit jeder Agitation in anderen Theilen des türkischen Reiches vorgebeugt werde.

Petersburg, 25. September. Durch einen vom Kaiser genehmigten, heute veröffentlichten Beschluß des Ministerkomitee's wird die über mehrere Orte Rußlands verhängte verschärfte Sicherheitsaufsicht auf ein weiteres Jahr verlängert.

Belgrad, 25. September. Die Meldungen auswärtiger Blätter von der angeblichen Publikation eines Moratoriums, sowie von der Ermordung des Präfekten von Gornjil entbehren jeder Begründung.

Sofia, 24. September. Der Erzbischof von Tirnowa und der Direktor der Bank, Gueschoff, sind von der National-Versammlung gewählt worden, um sich der rumeliotischen Deputation anzuschließen, dieselben sind heute Abend abgereist, um sich zum Kaiser Alexander nach Kopenhagen, an den eine telegraphische Adresse gesandt worden, zu begeben.

Die Kammer beauftragte die Regierung, an die Großmächte ein Gesuch um Anerkennung der rumelischen Union zu richten und genehmigte einen außerordentlichen Kredit von 10 Mill. Francs für den Fall eines Krieges. Ferner wurde das Budget für dieses Jahr und für das nächste Jahr angenommen und die Regierung ermächtigt, falls es nothwendig sein sollte, die für die übrigen Ministerien votirten Kredite für die Bedürfnisse des Kriegsministeriums zu verwenden.

Konstantinopel, 25. September. Die Türken haben zur Wahrung ihrer Rechte ein rumelisches Dorf unweit der Grenze besetzt, beabsichtigen aber nicht vor einer Verständigung mit den Mächten in Rumelien weiter vorzugehen.